

36. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 1. Dezember 2010, 17:00 Uhr bis 19:58 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: 1. Vizepräsident Joe A. Manser (SP)

Protokollführung: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Marina Garzotto (SVP), Roger Liebi (SVP), Beatrice Reimann (SP), Lucia Tozzi (SP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2010/470 * | Weisung vom 17.11.2010:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Technopark,
Teilrevision Escher-Wyss | VHB |
| 3. | 2010/485 * | Weisung vom 24.11.2010:
Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von
Kassenscheinen im Jahre 2011, Eventualantrag | FV |
| 4. | 2010/472 E
* | Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Martin Bürlimann (SVP)
vom 17.11.2010:
Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Win-
terdienst | VTE |
| 5. | 2010/473 E
* | Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Christina Hug (Grüne)
vom 17.11.2010:
Verzicht auf die Verwendung von Laubbläser bei der Reinigung | VTE |
| 6. | 2010/479 E
* | Postulat von Dr. Zora Ledergerber (GLP) und Matthias Wiesmann
(GLP) vom 17.11.2010:
Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der
städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren | VHB |
| 7. | 2010/438 | Weisung vom 06.10.2010:
Verwaltungsreform, Trimesterbericht II 2010 zu den Globalbudgets | STR |
| 8. | 2010/374 | Weisung vom 01.09.2010:
Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe -
Bericht nach Abschluss der Pilotphase | VS |

- | | | | |
|-----|------------------------------|---|----|
| 9. | 2010/384 | Weisung vom 08.09.2010:
Stiftung Zürcher Schülerferien, Beiträge 2011 bis 2014 | VS |
| 10. | 2010/395 | Weisung vom 15.09.2010:
Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich, Beiträge 2011 bis 2014 | VS |
| 11. | 2010/465 E/A | Postulat von Catherine Rutherford (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 10.11.2010:
Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen | VS |
| 12. | 2010/396 | Weisung vom 15.09.2010:
Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Beiträge 2011 bis 2014 | VS |
| 13. | 2010/397 | Weisung vom 15.09.2010:
Verein Job-Vermittlung Wipkingen, Beiträge 2011 bis 2014 | VS |
| 14. | 2010/350 | Weisung vom 25.08.2010:
Liegenschaftsverwaltung, Tauschvertrag mit der Stadt Opfikon bezüglich Bauland im Glattpark Opfikon | FV |
| 17. | 2008/58 E/A | Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 23.01.2008:
Bauernhof in Unteraffoltern, Sicherstellung landwirtschaftlicher Nutzung | FV |
| 18. | 2008/190 A | Postulat von Ueli Brassler (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 05.05.2008:
Städtische Restaurants, Verzicht auf direkten Abschluss von Bierlieferverträgen | FV |
| 19. | 2008/337 E/A | Postulat von Dr. Doris Weber (FDP), vertreten durch Heinz F. Steger (FDP) vom 09.07.2008:
Zehntenhaus in Affoltern, Kaufverhandlungen | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

0797. **2010/266** **Postulat von Florian Utz (SP) und Guido Trevisan (GLP) vom 16.06.2010:** **Einführung von Tempo 30 auf der Strasse Am Wasser/Breitensteinstrasse**

Florian Utz (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 8. Dezember 2010 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

0798. 2010/497

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 01.12.2010:
Unbewilligte Demonstration vom 28.11.2010, polizeiliche Intervention**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Chaoten wüteten - und die Polizei schaute zu:

Einmal mehr fand letzten Sonntagabend in Zürich eine unbewilligte Demonstration statt. Und einmal mehr randalierten verummte Chaoten und richteten hohe Sachschäden an privatem und öffentlichem Eigentum an. Obwohl die Demonstration illegal war und obwohl unzählige Vermummte bereits von Anfang an dabei waren, unternahm die Polizei nichts. Über zwei Stunden konnten die Randalierer ungehindert wüten: Schau-fenster wurden massenhaft einschlagen, Mauern wurden ziellos verschmiert, unzähliges Mobiliar wurde mutwillig angezündet. Immer unter Beobachtung der Gesetzeshüter. Erst viel später griff die Polizei ein - viel zu spät, wie sich herausstellte! Das Resultat ist bekannt: eine einzige verhaftete Person, keine Personenkontrollen, aber Sachschäden von über 200'000 Franken. Was bleibt ist ein Scherbenhaufen.

Deeskalation nannte ein Polizeisprecher diese verheerende Taktik. Von einem guten Einsatz ist seitens der Polizeiführung die Rede. "Man habe gedacht, die Demonstration verlaufe friedlich". Mit Verlaub, das ist naiv und blauäugig. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit hätte dies deutlich aufgezeigt. In einer heute eingereichten Interpellation verlangt die SVP-Fraktion unter Anderem genaue Auskunft darüber, wie in Zukunft die Exekutive gedenkt, in Solchen Situationen zu agieren. In Zusammenhang mit dem 1. Mai 2010 sagte die Polizei, der Stadtrat habe ihr einen klaren Auftrag erteilt, nämlich keine illegale Nachdemonstration zuzulassen. War letzten Sonntag der ebenso klare politische Auftrag, zuzusehen und zu dulden, die Demonstranten einfach mal ziehen zu lassen? Die SVP wird angesichts verschiedener Vorkommnisse der letzten Jahre den Eindruck nicht los, dass in der Stadt Zürich für linke Chaoten ein rechtsfreier Raum geschaffen wurde.

Für die SVP-Fraktion ist klar, dass so etwas nie mehr geschehen darf. Eine illegale Ansammlung von Personen für eine nichtbewilligte Kundgebung ist von Anfang an polizeilich, nötigenfalls mit Gewalt, aufzulösen und bereits im Keime zu ersticken. Dabei sind rigorose Personenkontrollen durchzuführen. Vermummte Personen sind in Anwendung des vom Gemeinderat am 8.9.2004 erlassenen Auftrages zur Durchsetzung des Vermummungsverbotes ohne wenn und aber zu verzeigen. Diesen Auftrag muss der grüne Polizeivorsteher Daniel Leupi der Polizei erteilen.

Wenn Daniel Leupi explizit in einem Interview sagt, dass man "in Zürich an jeder Demo mit dem schwarzen Block rechnen muss", ist er verpflichtet, dafür zu sorgen, dass genau diese Leute keine Sach- und Personenschäden anrichten können. Entsprechende Vorkehrungen müssen von ihm angeordnet werden. Dies ist seine Pflicht, das ist er der Bevölkerung schuldig. Daniel Leupi leitet, wie er selber im gleichen Interview sagt, das verantwortliche Departement, das Polizeidepartement.

0799. 2010/498

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 01.12.2010:
Verkehrspolitik zum Waidhaldetunnel und der Parkplatzverordnung**

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Ein klares Ja zum Waidhaldetunnel - Keine Voranwendung der Parkplatzverordnung:

„Links-grün brüskiert zusammen mit den Grünliberalen die Quartierbevölkerung und greift die Verkehrsinfrastruktur frontal an!“ so lautete der Titel der FDP Fraktionserklärung vom 7. Juli anlässlich der Rosengarten-tram-Debatte. Die Bestätigung haben wir heute.

Mit unnötig langer Kommissionsarbeit aufgrund einer undurchschaubaren Taktik und einer ausufernden Gemeinderatssitzung hat Links-Grün die demokratischen Mittel pervertiert. Sie verhinderte eine echte Auswahl für das Stimmvolk und hebelte so den Stadtrat aus. Das Stimmvolk ist jedoch wesentlich intelligenter als Links-Grün es wahrhaben will! Mit weit über 60 % haben sich die Zürcherinnen und Zürcher zur vernünftigen Verkehrslösung für den öffentlichen und den Individualverkehr zusammen mit dem Kanton bekannt. Insbesondere der betroffene Kreis 10 hat deutlich gemacht, dass er eine Tunnel-Entlastung will und keinen Ausweichverkehr auf den Quartierstrassen. Wir fordern unser Gegenüber im Rat auf, nun endlich einzusehen, dass mit Ideologie allein keine Politik zu machen ist.

Wider Erwarten äusserst knapp ist die neue Parkplatzverordnung angenommen worden. Auch hier musste Links-Grün einsehen, dass ihnen ihre Wählerschaft bei weitem nicht geschlossen gefolgt ist.

Mit besonderer Freude hat die FDP zur Kenntnis genommen, dass Stadträtin Ruth Genner in den Medien bestätigte, keine Voranwendung der Parkplatzverordnung zu machen. Wie sie an der Medienkonferenz präzise formulierte, werde die PPV erst nach abschliessender Erledigung des Rechtsweges angewendet. Die FDP wird das weitere Vorgehen aufmerksam verfolgen.

G e s c h ä f t e

0800. 2010/470

Weisung vom 17.11.2010:

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Technopark, Teilrevision Escher-Wyss

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 29. November 2010

0801. 2010/485

Weisung vom 24.11.2010:

Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahre 2011, Eventualantrag

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 29. November 2010

0802. 2010/472

Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 17.11.2010: Prüfung von Alternativen zur Verwendung von Streusalz im Winterdienst

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

0803. 2010/473

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Christina Hug (Grüne) vom 17.11.2010: Verzicht auf die Verwendung von Laubbläsern bei der Reinigung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

0804. 2010/479

Postulat von Dr. Zora Ledergerber (GLP) und Matthias Wiesmann (GLP) vom 17.11.2010:

Senkung der Kosten bei Bauprojekten sowie Vereinfachung der städtischen Bauvorschriften und Bewilligungsverfahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der AL-Fraktion stellt Alecs Recher (AL) einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

0805. 2010/438

Weisung vom 06.10.2010:

Verwaltungsreform, Trimesterbericht II 2010 zu den Globalbudgets

Antrag des Stadtrats

Die Trimesterberichte per 31. August 2010 der Pilotabteilungen mit Globalbudget werden zur Kenntnis genommen.

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung:	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Abwesend:	Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Trimesterberichte per 31. August 2010 der Pilotabteilungen mit Globalbudget werden zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

0806. 2010/374

Weisung vom 01.09.2010:

Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe – Bericht nach Abschluss der Pilotphase

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht zu den Massnahmen zur Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe nach Abschluss der Pilotphase wird Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt, vom Bericht zu den Massnahmen zur Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe nach Abschluss der Pilotphase wird ab-
lehrend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Sacha Walker (GLP), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Lukas Apafi (FDP), Linda Bär (SP), Jedidjah Bollag (SVP), Dominique Feuillet (SP), Thomas Marthaler (SP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Dr. Josef Widler (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit: Catherine Rutherford (AL), Referentin

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht zu den Massnahmen zur Verstärkung der Missbrauchsbekämpfung in der Sozialhilfe nach Abschluss der Pilotphase wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

0807. 2010/384

Weisung vom 08.09.2010:

Stiftung Zürcher Schülerferien, Beiträge 2011 bis 2014

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 332 600.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindexes der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird für 2011 dem Vorsteher des Sozialdepartements und ab 2012 bis 2014 dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements übertragen.
3. Der Vorsteher des Sozialdepartements wird eingeladen, die Kredite mit dem Voranschlag 2012 vom Sozialdepartement zum Schul- und Sportdepartement zu übertragen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Änderungsantrag

Zu Ziffer 1

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu Ziffer 1 des Antrags des Stadtrats.

Die Minderheit 1 der SK SD beantragt folgende Änderung zu Ziffer 1:

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximal-

beitrag von Fr. 282 600.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.

Die Minderheit 2 der SK SD beantragt folgende Änderung zu Ziffer 1:

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 257 779.– (~~entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005~~) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.

Mehrheit: Dr. Josef Widler (CVP), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Thomas Marthaler (SP), Catherine Rutherford (AL), Thomas Wyss (Grüne)
 Minderheit 1: Sacha Walker (GLP), Referent; Lukas Apafi (FDP), Ursula Uttinger (FDP)
 Minderheit 2: Hedy Schlatter (SVP), Referentin; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Jedidjah Bollag (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (332 600) 63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Dr. Josef Widler (CVP), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Lukas Apafi (FDP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Thomas Marthaler (SP), Catherine Rutherford (AL), Thomas Wyss (Grüne)
 Enthaltung: Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Jedidjah Bollag (SVP), Hedy Schlatter (SVP), Ursula Uttinger (FDP), Sacha Walker (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 90 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Zürcher Schülerferien wird ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 332 600.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird für 2011 dem Vorsteher des Sozialdepartements und ab 2012 bis 2014 dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements übertragen.
3. Der Vorsteher des Sozialdepartements wird eingeladen, die Kredite mit dem Voranschlag 2012 vom Sozialdepartement zum Schul- und Sportdepartement zu übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Januar 2011)

0808. 2010/395**Weisung vom 15.09.2010:****Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich, Beiträge 2011 bis 2014**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich wird für die Jahre 2011 bis 2014 ein leistungsabhängiger jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 133 000.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Lukas Apafi (FDP), Referent; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Dominique Feuillet (SP), Thomas Marthaler (SP), Urs Rechsteiner i.V. von Dr. Josef Widler (CVP), Catherine Rutherford (AL), Ursula Uttinger (FDP), Sacha Walker (GLP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Jedidjah Bollag (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Dr. Josef Widler (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich wird für die Jahre 2011 bis 2014 ein leistungsabhängiger jährlicher Maximalbeitrag von Fr. 133 000.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Januar 2011)

0809. 2010/465**Postulat von Catherine Rutherford (AL) und 3 Mitunterzeichnenden vom 10.11.2010:****Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Catherine Rutherford (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 735/2010).

Dr. Guido Bergmaier (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. November 2010 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, den Betrag des Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich anzupassen und dem Gemeinderat einen Antrag um Erhöhung zu stellen, der schon vor Ablauf der mit Weisung 2010/395 beschlossenen Beitragsperiode wirksam werden kann.

Ziel der Erhöhung des Beitrags soll sein:

- das Beratungsangebot möglichst niederschwellig zu machen und bürokratische Hürden, die den Zugang zur persönlichen Beratung erschweren, zu beschränken;
- die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein so auszugestalten, dass die Nachfrage der BewohnerInnen der Stadt Zürich gedeckt werden kann;
- ~~in der Beratung die Verschuldungssituation der Person möglichst umfassend zu betrachten und einer Lösung zuzuführen, unter anderem auch durch den Erlass von Steuerschulden.~~

Catherine Rutherford (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 61 gegen 57 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

0810. 2010/396

Weisung vom 15.09.2010:

Stiftung ECAP, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Beiträge 2011 bis 2014

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung ECAP wird für das Leistungspaket «Deutschkurse mit Kinderbetreuung» ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von jährlich Fr. 895 300.– für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.
3. Für die individuelle Verbilligung von Deutschkursen und Kinderbetreuung wird ein Objektkredit von jährlich maximal Fr. 40 000.– bewilligt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Linda Bär (SP), Referentin; Präsident Marcel Savarioud (SP), Lukas Apafi (FDP), Thomas Marthaler (SP), Catherine Rutherford (AL), Ursula Uttinger (FDP), Sacha Walker (GLP), Dr. Josef Widler (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Jedidjah Bollag (SVP), Referent; Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Hedy Schlatter (SVP)
Abwesend:	Dominique Feuillet (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung ECAP wird für das Leistungspaket «Deutschkurse mit Kinderbetreuung» ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von jährlich Fr. 895 300.– für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.
3. Für die individuelle Verbilligung von Deutschkursen und Kinderbetreuung wird ein Objektkredit von jährlich maximal Fr. 40 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Januar 2011)

0811. 2010/397

Weisung vom 15.09.2010:

Verein Job-Vermittlung Wipkingen, Beiträge 2011 bis 2014

Antrag des Stadtrats

1. Der Verein Job-Vermittlung Wipkingen wird für die Führung der Auftragsvermittlungsstelle ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 133 000.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Linda Bär (SP), Referentin; Präsident Marcel Savarioud (SP), Lukas Apafi (FDP), Dominique Feuillet (SP), Thomas Marthaler (SP), Catherine Rutherford (AL), Ursula Uttinger (FDP), Sacha Walker (GLP), Dr. Josef Widler (CVP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Jedidjah Bollag (SVP), Hedy Schlatter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Verein Job-Vermittlung Wipkingen wird für die Führung der Auftragsvermittlungsstelle ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 133 000.– (entsprechend dem Index von 104,1 Punkten des Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise, Basis Dezember 2005) für die Jahre 2011 bis 2014 gewährt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Januar 2011)

0812. 2010/350**Weisung vom 25.08.2010:****Liegenschaftenverwaltung, Tauschvertrag mit der Stadt Opfikon bezüglich Bau-
land im Glattpark Opfikon**

Antrag des Stadtrats

Der Tauschvertrag vom 16. September 2009 über den wertgleichen Tausch des 8894 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. 8202 im Glattpark (Opfikon), einschliesslich dem damit verbundenen Miteigentumsanteil von 38/1000 am Grundstück Kat.-Nr. 8153, der Stadt Zürich an die Stadt Opfikon gegen die beiden gesamthaft 15 210 m² messenden Grundstücke Kat.-Nr. 8205 und 8176 im Glattpark (Opfikon), einschliesslich dem mit Kat.-Nr. 8205 verbundenen Miteigentumsanteil von 8/1000 am Grundstück Kat.-Nr. 8233, der Stadt Opfikon an die Stadt Zürich, wird genehmigt.

Schlussabstimmung

Die SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsidentin Dorothea Frei (SP), Referentin; Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Fehr (SVP), Dominique Feuillet (SP) i.V.v., Marlène Butz (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Daniel Meier (CVP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Abwesend: Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 109 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Tauschvertrag vom 16. September 2009 über den wertgleichen Tausch des 8894 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. 8202 im Glattpark (Opfikon), einschliesslich dem damit verbundenen Miteigentumsanteil von 38/1000 am Grundstück Kat.-Nr. 8153, der Stadt Zürich an die Stadt Opfikon gegen die beiden gesamthaft 15 210 m² messenden Grundstücke Kat.-Nr. 8205 und 8176 im Glattpark (Opfikon), einschliesslich dem mit Kat.-Nr. 8205 verbundenen Miteigentumsanteil von 8/1000 am Grundstück Kat.-Nr. 8233, der Stadt Opfikon an die Stadt Zürich, wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Dezember 2010 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Januar 2011)

0813. 2008/58**Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 23.01.2008:
Bauernhof in Unteraffoltern, Sicherstellung landwirtschaftlicher Nutzung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Patrick Blöchlinger (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2664/2008) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

0814. 2008/190
Postulat von Ueli Brasser (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 05.05.2008:
Städtische Restaurants, Verzicht auf direkten Abschluss von Bierlieferverträgen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats ab.

Patrick Blöchlinger (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3029/2008).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 77 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

0815. 2008/337
Postulat von Dr. Doris Weber (FDP), vertreten durch Heinz F. Steger (FDP) vom
09.07.2008:
Zehntenhaus in Affoltern, Kaufverhandlungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Heinz F. Steger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3348/2008) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

0816. 2010/499
Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Martin Luchsinger (GLP) vom
01.12.2010:
Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll für die nicht-motorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk Josefstrasse

Von Matthias Probst (Grüne) und Martin Luchsinger (GLP) ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die nicht-motorisierte Quartierbevölkerung rund um das Kehricht-Heiz-Kraftwerk (KHKW) Josefstrasse nach 2010 - nach Schliessung der Abfallsammelstelle - weiterhin ihren Sperrmüll entsorgen kann.

Begründung:

Die KHKW Josefstrasse schliesst nach 2010 seine Türen für die Abfallentsorgung für Abfall aus der Schweiz. Dies wurde so vom kantonalen Abfallverband beschlossen.

Die Stadt hat daher entschieden, das KHKW Josefstrasse in eine Aktiengesellschaft auszulagern und noch 10 Jahre weiter zu betreiben, allerdings nicht mit Kehricht aus der Region, sondern mit Kehricht von den deutschen Beteiligungsgesellschaften. Damit kann sichergestellt werden, dass das angehängte

Fernwärmenetz weiterhin mit Wärme bedient werden kann.

Für die Quartierbevölkerung rund um das bestehende KHKW-Josefstrasse geht dadurch die lokale Entsorgungsstation für Sperrgut verloren. Gerade dieser innerstädtische Bereich leidet schon heute besonders unter illegal deponiertem Sperrgut. Ohne Ersatzmöglichkeit für die angrenzenden Quartiere besteht die Gefahr, dass sich diese Problematik weiter verschärft.

Der Stadtrat wird gebeten, möglichst rasch eine unkomplizierte und kostengünstige Lösung zu suchen. Insbesondere könnte ein Cargotram am Escherwyssplatz oder die Öffnung einer Entsorgungsstelle auf dem Areal des KHKW Josefstrasse für die emissionsarme Anlieferung (Velo, Elektromobilität, Fussgänger) eine mögliche Lösung darstellen.

Mitteilung an den Stadtrat

0817. 2010/500

**Postulat von der AL-Fraktion vom 01.12.2010:
Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich**

Von der AL-Fraktion ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche Schritte unternommen werden könnten, um die von der FIFA an Stadt und Kanton zu bezahlenden Steuern auf ein Niveau zu heben, das der FIFA als faktisch kommerzieller Grossorganisation entspricht.

Begründung:

Die FIFA erzielt jährlich Gewinne von mehreren 100 Millionen Franken, im Jahr 2009 sogar über eine Milliarde. Auch das Eigenkapital beläuft sich auf mehrere 100 Millionen Franken. Trotzdem belaufen sich die an die Stadt Zürich entrichteten Steuern maximal auf eine Million Franken. Die FIFA genießt weiterhin steuerliche Privilegien, die einem Verein mit ‚ideellem Zweck‘ gewährt werden, obwohl sie de facto und gemäss heutigem Status und Auftritt längst eine kommerzielle Grossorganisation ist. Es ist hinlänglich bekannt, dass die FIFA aus den Gewinnen fürstliche Löhne, Honorare, Spesen usw. bezahlt, die schwerlich mit einem ‚ideellen Zweck‘ vereinbar sind. Es ist stossend, dass diese Organisation, die immer wieder durch ihr finanzielles Gebaren für Aufsehen sorgt, steuerlich dermassen geschont wird. Nicht zuletzt auch aus Gründen der Steuergerechtigkeit drängt sich eine Revision der aktuellen Praxis auf. Die FIFA will sich als Sponsorin mit 20 Millionen Franken am neuen Stadion Hardturm beteiligen und sich damit das Naming Right sichern. Durch die Entrichtung angemessener Steuern würde die FIFA der Stadt mehr dienen.

Mitteilung an den Stadtrat

0818. 2010/501

**Postulat von Richard Wolff (AL) und Alecs Recher (AL) vom 01.12.2010:
Areal Hardturmstadion, Verwendung für Zwischennutzungen bis zum Baubeginn des Stadions**

Von Richard Wolff (AL) und Alecs Recher (AL) ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für die Zeitspanne bis zum Baubeginn des Hardturmstadions das Areal für Zwischennutzungen und temporäre Nutzungen verwendet werden kann. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse der Quartierbevölkerung zu berücksichtigen und die Quartierbevölkerung soll bei der Festlegung von Zwischennutzungen mitentscheiden können.

Begründung:

Gemäss den vorliegenden Plänen, wird der Baubeginn für das Stadion frühestens 2014 erfolgen. Es ist aber gut möglich, dass sich der Baubeginn noch um mehrere weitere Jahre verzögern wird. Es wäre schade und eine Verschwendung von Ressourcen, dieses Areal jahrelang unter- oder ungenutzt brachliegen zu lassen. Da das Areal seit dem Besuch des Cirque de Soleil zu einem grossen Teil geteert ist, würde eine Brache auch ökologisch nur eine beschränkte Bereicherung darstellen. Hingegen gibt es zahlreiche Bedürfnisse, Ideen und Wünsche, wie dieses Areal sinnvoll, nachhaltig und sozial, soziokulturell, evt. auch ökonomisch bereichernd genutzt werden könnte. Denkbar sind dabei Nutzungen, die ganz speziell dem Quartier zugute kommen, aber auch Zwischennutzungen, die weiteren Kreisen dienen. Es soll dabei ganz explizit nicht nur

um temporäre Zwischennutzungen wie etwa Veranstaltungen und einmalige Anlässe gehen und auch nicht um ein reines Veranstaltungskonzept, sondern auch um Zwischennutzungen, welche für eine längere Zeitdauer der zu erwartenden Branche bestehen können. Mit der Erstellung eines ausgewogenen Zwischennutzungskonzepts, unter Berücksichtigung der Wünsche der Quartierbevölkerung, könnte das Hardturmstadion-Areal eine Bereicherung für die ganze Stadt bedeuten.

Mitteilung an den Stadtrat

0819. 2010/502

Postulat von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) und Michael Baumer (FDP) vom 01.12.2010:

Anpassung der Standards für den Bau von kostengünstigeren Volksschulanlagen in der Stadt Zürich

Von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) und Michael Baumer (FDP) ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die „Raumstandards für den Bau von Volksschulanlagen in der Stadt Zürich“, das darin zitierte „Arbeitspapier für die Planung von Neubauten der Volksschule in der Stadt Zürich“ und allfällige weitere Unterlagen für den Bau von Volksschulen in der Stadt Zürich stark zu vereinfachen, so dass kostengünstigeres Bauen gefördert wird.

Insbesondere ist die Priorität nicht mehr bei der „hohen architektonischen und städtebaulichen Qualität“ mehr zu setzen, sondern bei den schulischen Qualitäten. Zudem sollen die Vorschriften für die Ausstattung von Räumen weniger starr und weniger ausführlich gestaltet werden.

Begründung:

Die kantonalen Schulbaurichtlinien beschränken sich auf die wichtigsten Anforderungen an Bauten und Anlagen. Konkrete Vorschriften werden vor allem für die Flächemasse festgelegt. Unter anderem soll der Ausbaustandard „auf das Notwendige beschränkt werden“. Diese Anforderungen gelten ebenfalls für Privatschulen. Die städtischen Schulraumstandards hingegen geben detailliert und zwingend vor, wie Schulen gebaut und ausgestattet werden müssen. Dies erhöht die Kosten massiv.

Schulanlagen müssen in erster Linie die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehr- und Fachpersonen der Schule erfüllen. Sie sollen kostengünstig und nachhaltig erstellt werden. Die vorliegenden Raumstandards hingegen setzen klare Priorität bei den architektonischen und städtebaulichen Qualitäten. Schulanlagen müssen sich wandelnden Anforderungen an die Funktionalität anpassen können. Darum müssen die Raumstandards einerseits schlank sein und andererseits offen für Neuerungen.

Gemäss dem Dokument „Schulraumplanung Stadt Zürich – Überblick und Strategie 2010“ müssen die genannten Raumstandards ohnehin überarbeitet werden.

Wie sich gezeigt hat, sind diese Raumstandards kurzlebig. Auch weil sie nicht für ein breites Publikum erstellt werden, kann getrost auf die aufwändige professionelle grafische Gestaltung verzichtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

0820. 2010/503

**Postulat von Ursula Uttinger (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 01.12.2010:
Stellen der Stadtpolizei Zürich, öffentliche Ausschreibung und Sicherstellung der Attraktivität**

Von Ursula Uttinger (FDP) und Roger Tognella (FDP) ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass sämtliche Polizei-Stellen öffentlich ausgeschrieben werden und die Attraktivität der Stadtpolizei bereits in den verschiedenen schweizerischen Polizeischulen sichergestellt ist.

Begründung:

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Polizeistellen im Gegensatz zu anderen Stellen nicht öffentlich ausgeschrieben und geeignet publiziert werden. Neben der Fachzeitschrift „Police“ sind auch Alternativen zu

prüfen. Es ist bekannt, dass ausgebildete Polizisten/Polizistinnen gerne Korpswechsel vornehmen würden. Da aber Stelle, abgesehen von Offiziersstellen, praktisch nicht öffentlich ausgeschrieben werden, wird dies für die interessierten Personenkreise erschwert.

Gemäss Interpellationsantwort 2009/2010 sind die Ausbildungskosten relativ hoch. Trotzdem soll ein offener Arbeitsmarkt auch für Polizisten/Polizistinnen angestrebt werden. Denn geschlossene Arbeitsmärkte sind weder im Interesse der Arbeitnehmenden noch des Arbeitgeber. Ausbildungskosten werden in der Regel mit einer Rückzahlungsverpflichtung verbunden, so dass nicht zu befürchten ist, dass man nur für andere Korps ausbildet; insbesondere dann nicht, wenn man ein attraktiver Arbeitgeber ist.

Im Weiteren sollte nicht vernachlässigt werden, dass Inputs aus verschiedenen Korps zu einer Qualitätssteigerung beitragen. Davon kann die Stadtpolizei nur profitieren, wenn die Stellen öffentlich ausgeschrieben werden.

Mitteilung an den Stadtrat

0821. 2010/504
Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 01.12.2010:
Förderung des Umstiegs auf Autos mit Elektroantrieb

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) ist am 1. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Umstieg auf Autos mit Elektroantrieb in der Stadt Zürich mit Anreizen gefördert werden kann.

Dies kann z.B. durch Vergünstigung beim Kauf, speziell günstige, reservierte Parkplätze oder auch Bereitstellung von günstigen Stromzapfstellen geschehen.

Die Aufwendungen sollen dem Klimafonds entnommen werden.

Begründung:

Das Jahr 2010 signalisiert einen historischen Wendepunkt in der Geschichte des Automobils. Erstmals seit diesem Jahr werden Fahrzeuge mit einem reinen Elektroantrieb in Serienproduktion hergestellt. Und die führenden Hersteller haben ambitionierte Pläne, was deren Einführung betrifft (so hat der japanische Automobilbauer Nissan angekündigt, ab 2012 allein in den USA 100 000 Exemplare dieser neuen Fahrzeuge verkaufen zu wollen).

Die Umstellung von Verbrennungsmotoren auf Elektroantrieb würde vor allem in den Städten helfen, die schädlichen Abgase und Feinstaubformen fast gänzlich zu vermeiden, was der Gesundheit aller, vor allem aber kleiner Kinder, zu Gute kommt. Entsprechende Signale, die ein verstärktes Verlangen nach solchen umweltschonenden Fahrzeugen ausdrücken, helfen dabei, die Markteinführung dieser Fahrzeuge und die erwähnte Umstellung zu beschleunigen. Der gegenteilige Fall hat denn auch leider bislang dazu geführt, dass gewisse Modelle umweltschonender Fahrzeuge gar nicht in der Schweiz angeboten werden, da die Hersteller aus fehlenden Subventionen auf ein mangelndes Interesse der hiesigen Käufer schliessen.

Ein entsprechendes Signal in Form einer Prämie an den Kauf würde auch dahingehend Sinn machen, dass Elektroautos in der Herstellung noch teurer sind als herkömmliche Fahrzeuge. Deshalb wird auch ihr Kaufpreis über demjenigen vergleichbarer Modelle mit Verbrennungsmotor zu liegen kommen. Ein ähnliches Vorgehen findet sich heute aus ähnlichen Gründen schon bei Autos mit Kompogas-Antrieb, wo ebenfalls Prämien einen Anreiz schaffen, die wegen geringerer Produktionsstückzahlen kostspieligeren Modelle mit umweltschonenderem Treibstoff zu fördern.

Mitteilung an den Stadtrat

0822. 2010/505
Interpellation von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 01.12.2010:
Demonstrationsumzug am Abstimmungssonntag vom 28. November 2010,
Strategie und Vorgehen der Stadtpolizei

Von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 1. Dezember 2010 folgende Interpellation eingereicht worden:

Am Sonntag, 28. November 2010 fand in Zürich spätabends eine nichtbewilligte, jedoch lange vorher gross-

räumig angekündigte Demonstration statt. Während über zwei Stunden randalierten meist verummte Chaoten ungehindert und richteten einen immensen Sachschaden an privatem und öffentlichem Eigentum an. Bereits anlässlich der Bildung des Demonstrationzugs auf dem Helvetiaplatz war klar, dass innerhalb des Zuges ein enormes Gewaltpotential vorhanden war. Erfahrungen aus der Vergangenheit liessen diesen Schluss klar zu. Aufgerufen zu dieser Demonstration wurde unter anderem auch vom berüchtigten schwarzen Block.

In diesem Zusammenhang bitten die Interpellanten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern hatte der Stadtrat Kenntnis davon, dass nach dem Bekanntwerden des Resultats der eidgenössischen Volksabstimmung zur SVP-Ausschaffungsinitiative in Zürich eine illegale Demonstration stattfinden sollte?
2. Das Gesetz verbietet die Durchführung von Demonstrationen an Sonntagen, Ausnahmen dürfen keine bewilligt werden. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass sich der illegale Demonstrationzug ungehindert in Bewegung setzen konnte?
3. Welchen Auftrag erteilten der Stadtrat und/oder der Polizeivorsteher im Vorfeld dieses Sonntags bezüglich des Vorgehens anlässlich einer allfällig stattfindenden illegalen Demonstration?
4. Wie hoch (in Franken) sind die entstandenen Kosten der Sachbeschädigungen, verursacht durch die Demonstranten, an privatem sowie an öffentlichem Eigentum (die Interpellanten bitten um detaillierte Angaben, aufgeschlüsselt nach einzelnen Objekten)?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Situation, dass lediglich eine Person verhaftet und keine weiteren Personalien von Personen aufgenommen wurden, obwohl sich sämtliche Teilnehmenden wegen der Beteiligung an einer illegalen Demonstration und viele Teilnehmende wegen des Verummungsverbots sowie etliche wegen Sachbeschädigungen strafbar machten?
6. Wer wies die Stadtpolizei an diesem ominösen Sonntag an, den Demonstrationzug über zwei Stunden ungehindert weiterziehen zu lassen, obwohl während der Demonstration aus ihrer Mitte massive Sachbeschädigungen ausgeübt wurden?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die enorme Zurückhaltung der Stadtpolizei, obwohl seitens des Demonstrationzugs rigoros randaliert wurde?
8. War der Polizeivorsteher in der Polizeihauptwache Urania anwesend? Inwiefern stand die Einsatzleitung der Stadtpolizei mit dem Polizeivorsteher während der Demonstration in Kontakt?
9. Wurde die Kantonspolizei an diesem Sonntag um Hilfe zur Unterstützung gebeten? Wenn nicht, warum nicht?
10. Wie beurteilt der Stadtrat generell die Situation, dass in Zürich vermehrt illegale, meist gewalttätige Demonstrationen stattfinden?
11. Welchen Auftrag in Bezug auf illegale Demonstrationen hat die Stadtpolizei generell vom Stadtrat?
12. Wie gedenkt der Stadtrat in Zukunft, insbesondere am 1. Mai 2011, dafür zu sorgen, dass anlässlich von Demonstrationen keine Sachbeschädigungen mehr vorgenommen werden?

Mitteilung an den Stadtrat

Die 6 Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

0823. 2010/506

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 43 Mitunterzeichnenden vom 01.12.2010: Projektanpassungen beim Umbau der Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse in Zürich Seebach

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 13 Mitunterzeichnenden ist am 1. Dezember 2010 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Tiefbauamt der Stadt Zürich TAZ plant seit 2005, die Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse in Zürich Seebach umzubauen und neu eine Signalanlage zu installieren. Dass das Backhaus Fischer (Bäckerei, Café, Hotel) durch die geplante Neugestaltung der Schaffhauser- und der Ettenfeldstrasse sowie des Sandackers in arge betriebliche Nöte geraten wird, wurde von den Medien mehrfach thematisiert. Der geplante Wegfall von 9 von aktuell 14 Parkplätzen und das neue Verkehrsregime an der dicht befahrenen Aus-

fallstrasse könnten das Ende für den Betrieb bedeuten, dessen Kunden zu 90% mit dem Auto eintreffen. Der Familienbetrieb, der in Seebach seit mehr als 50 Jahren existiert und aktuell 30 Personen beschäftigt, hat im Mai 2010 gegen das Projekt kostenpflichtige Einsprache gemäss § 16 StrG erhoben und hofft darauf, dass die Stadtverwaltung Hand bietet zu einer Lösung, die die Fortexistenz des Betriebs ermöglicht.

Offenbar gewichtet die Stadt Zürich die Verbreiterung eines bereits bestehenden Velostreifens und die Umsetzung des städtischen Alleenkonzepthes höher, als die gedeihliche Zukunft eines Familienbetriebs. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, das Projekt so anzupassen, dass die wirtschaftliche Existenz des Backhuus Fischer nicht gefährdet ist?
2. Welche Anpassungen des Projektes wurden nach den Einwendungen gemäss §13 StrG bereits vorgenommen?
3. Wenn das TAZ bisher keine Kompromisse eingegangen ist: mit welcher Begründung wird das Recht des Stärkeren ausgespielt und ein Betrieb zur Schliessung getrieben?
4. Wie gewichtet der Stadtrat die Aussage eines TAZ-Mitarbeiters, die 30 Mitarbeiter des Backhuus Fischer würden auf Grund der guten Wirtschaftslage schon andere Arbeitsplätze finden und der Sohn des Geschäftsinhabers könne sich im Falle einer Schliessung ja umschulen lassen?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Qualität seiner KMU-Förderungspolitik angesichts dessen, dass das Backhuus Fischer bisher weit über 20'000 Franken ausgeben musste, um seine potenzielle Betriebschliessung abzuwenden?

Mitteilung an den Stadtrat

0824. 2010/507

Schriftliche Anfrage von Mirella Wepf (SP) vom 01.12.2010: Erhalt des Lands auf dem Herrenberg für die Landwirtschaft nach der Ablehnung des Golfprojekts

Von Mirella Wepf (SP) ist am 1. Dezember 2010 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 7. April 2010 hat der Zürcher Gemeinderat mit grossem Mehr das Postulat 2010/132 angenommen, das die Zweckentfremdung von Landwirtschaftsland für Golfplätze verhindern will. Dabei ging es insbesondere um die wertvollen Fruchtfolgeflächen auf dem Herrenberg in Bergdietikon, die im Besitz der Stadt Zürich sind. Am vergangenen Wochenende hat nun auch die Bergdietiker Bevölkerung den Golfplatz Herrenberg an der Urne abgelehnt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat nach diesen beiden Entscheiden nun gewillt, das Land auf dem Herrenberg der Landwirtschaft zu erhalten?
2. Wird er dementsprechend bereits eingegangene Pacht- bzw. Kaufgesuche ernsthaft prüfen?
3. Innert welcher Frist wird dies vonstatten gehen?
4. Wie viele solche Gesuche liegen bereits vor?
5. Präferiert der Stadtrat eher eine Verpachtung oder den Verkauf des Landes?

Mitteilung an den Stadtrat

0825. 2010/508

Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) vom 01.12.2010: 2000-Watt-Gesellschaft, Anpassung der Strategie an die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse

Von Dr. Urs Egger (FDP) ist am 1. Dezember 2010 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seinerzeit hat die ETH aufgrund ihrer Forschungsarbeiten die 2000 Watt Gesellschaft als machbar gehalten.

Auf dieser Basis hat sich die Stadt Zürich entschieden, dieses Prinzip als Zielgrösse für die Entwicklung der Stadt festzulegen. Nun haben die federführenden Professoren der ETH aufgrund von neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen dieses Konzept aufgegeben. Neu wird die 1 Tonne CO₂ Gesellschaft als wissenschaftlich machbares Ziel definiert. Aufgrund dieser Strategieänderung der ETH wird der Stadtrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Welche Überlegungen hat sich der Stadtrat gemacht bezüglich Anpassung der städtischen Strategie nachdem nun die wissenschaftliche Basis für die 2000 Watt Gesellschaft fehlt ?
2. Welches sind die Konsequenzen für die städtische Strategie im Bereich Baubewilligungen auf der Basis einer 1 Tonne CO₂ Gesellschaft ?
3. Wie stellt sich der Stadtrat zur Energieversorgung der Stadt Zürich unter diesen neuen Perspektiven ? Müsste nicht unter diesen neuen Perspektiven die Kernenergie wieder als Option ins Auge gefasst werden ?
4. Wird der Stadtrat eine Weisung zur Änderung der Gemeindeordnung erlassen, womit der Begriff der 2000 Watt Gesellschaft daraus entfernt wird ?
5. Falls der Stadtrat am Konzept der 2000 Watt Gesellschaft festhalten will: woher soll die zukünftige wissenschaftliche Abstützung dafür kommen.

Mitteilung an den Stadtrat

0826. 2010/509
Schriftliche Anfrage von Jürg Ammann (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne)
vom 01.12.2010:
Kürzung der städtischen Beiträge an die Pro Senectute Kanton Zürich

Von Jürg Ammann (Grüne) und Karin Meier-Bohrer (Grüne) ist am 1. Dezember 2010 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In einer Medienmitteilung vom 2. November 2010 teilt die Pro Senectute Kanton Zürich mit, dass der Reinigungsdienst für SeniorInnen per Ende Februar 2011 eingestellt wird. Als Begründung wurde die Finanzierungslücke und das daraus resultierende Defizit angeführt, einerseits durch den Wegfall der Bundesbeiträge als Folge der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) - neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen-, andererseits durch die Beitragskürzungen der öffentlichen Hand, *insbesondere der Stadt Zürich*, so dass die Weiterführung des Reinigungsdienstes für die Pro Senectute Kanton Zürich unter diesen Umständen nicht mehr tragbar ist.

Der Reinigungsdienst von Pro Senectute beschäftigt langjährige Mitarbeitende, welche zu angemessenen Löhnen und Sozialleistungen angestellt sind. Die Dienstleistung ist bei den KundInnen, den Angehörigen, der Spitex, den Sozialdiensten der Stadtspitäler Waid und Triemli und den Sozialarbeitenden der Sozialzentren sehr geschätzt, weil die PatientInnen / KlientInnen – ältere, behinderte BewohnerInnen der Stadt Zürich - dank dem Einsatz des Reinigungsdienstes wieder in ihre Wohnung zurückkehren, resp. darin verbleiben können. Stark verwahrloste oder von «Messie» bewohnte Wohnungen wurden vom Reinigungsdienst zuverlässig und gründlich instand gestellt, so dass die Spitex ihre Arbeit aufnehmen konnte oder überhaupt bereit war, Einsätze zu leisten. Alte, behinderte Menschen konnten dank einer regelmässigen und der Situation angepassten Reinigung länger in ihrer Wohnung leben.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches sind die genauen Hintergründe, die dazu führten, dass die Beiträge der Stadt Zürich - welche über einen klar definierten Leistungsvertrag erfolgten - so massiv gekürzt wurden, dass der Reinigungsdienst der Pro Senectute Kanton Zürich aufgelöst werden muss? Wie hoch waren die Beiträge der Stadt Zürich?
2. War sich der Stadtrat bewusst, dass er mit der Kürzung der Beiträge die Schliessung des Reinigungsdienstes der Pro Senectute Kanton Zürich riskiert? Wenn ja, warum ist der Stadtrat dieses Risiko eingegangen?
3. Spitex, Spitäler und die städtischen Sozialen Dienste haben bisher die Leistungen des Reinigungsdienstes der Pro Senectute Kanton Zürich für ihre PatientInnen bzw. KlientInnen genutzt (siehe Einführung). Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser dringlichen Problemstellung? Sind Anschlusslösungen geplant? Wenn ja, welche?
4. Sind weitere Kürzungen geplant, welche das selbst bestimmte Wohnen für alte und behinderte Menschen zu Hause beeinträchtigen bzw. verhindern könnten? Wenn ja welche? Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat das selbstbestimmte Wohnen im Alter weiterhin unterstützen?

5. Sieht der Stadtrat keinen Widerspruch darin, dass einerseits die alten Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung leben sollen, andererseits Angebote wie der Reinigungsdienst der Pro Senectute Kanton Zürich durch die Stadt mutwillig gefährdet werden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

0827. 2010/417

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Alecs Recher (AL) und 46 Mitunterzeichnenden vom 29.09.2010:
Stadtpolizei Zürich, Umsetzung der neuen eidgenössischen Strafprozessordnung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1907 vom 17. November 2010).

0828. 2010/432

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Josef Widler (CVP) und 30 Mitunterzeichnenden vom 06.10.2010:
Betrieb und Angebot der städtischen Ambulatorien**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1888 vom 17. November 2010).

0829. 2010/114

**Weisung 484 vom 10.02.2010:
Schaffung eines Forschungsschwerpunkts Energieeffizienz und Erneuerbare Energien der Stadt Zürich, Projekt «Mehr Energieeffizienz im Zürcher Alltag»**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2010 ist am 21. Oktober 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Dezember 2010.

0830. 2010/115

**Weisung 485 vom 10.02.2010:
Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 20. Januar 1999 betreffend Erteilung von Bewilligungen für Arbeiten an Gasinstallationen, Übertragung der Installationskosten für Gasinstallationen und der Apparatkontrolle von Gasapparaten an die Erdgas Zürich AG**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2010 ist am 21. Oktober 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Dezember 2010.

0831. 2010/260**Weisung 21 vom 16.06.2010:****Amt für Städtebau, Teilrevision Nutzungsplanung, Glockenhof, Zürich City**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2010 ist am 21. Oktober 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Dezember 2010.

0832. 2010/215**Weisung 1 vom 19.05.2010:****Theater am Neumarkt AG, Theaterhaus Gessnerallee, Zürcher Kammerorchester-verein, Zoo Zürich AG, Delegation der Zuständigkeit für die Festsetzung der Jahresbeiträge (Teuerungsanpassungen)**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 29. September 2010 ist am 5. November 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Dezember 2010.

0833. 2010/221**Weisung 3 vom 26.05.2010:****Theater am Neumarkt AG, Beitragserhöhung zur Finanzierung der Kinderzulagen**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 29. September 2010 ist am 5. November 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Dezember 2010.

0834. 2010/50**Weisung 478 vom 27.01.2010:****Ausbau Nordumfahrung Zürich, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzenssee, Objektkredit**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28. November 2010 über folgende Vorlage entschieden:

2010/50 Weisung 478 vom 27.01.2010:

Ausbau Nordumfahrung Zürich, Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzenssee, Objektkredit

76 501 Ja 28 656 Nein

0835. 2010/198**Weisung 498 vom 21.04.2010:****Erhöhung des Objektkredits von 11,172 Mio. Franken um 98,828 Mio. Franken auf 110 Mio. Franken für die Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28. November 2010 über folgende Vorlage entschieden:

2010/198 Weisung 498 vom 21.04.2010:

Erhöhung des Objektkredits von 11,172 Mio. Franken um 98,828 Mio. Franken auf 110 Mio. Franken für die Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon

74 299 Ja 29 811 Nein

0836. 2008/45

Weisung 216 vom 23.01.2008:

Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (GRB vom 11.12.1996)

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28. November 2010 über folgende Vorlage entschieden:

2008/45 Weisung 216 vom 23.01.2008:

Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (GRB vom 11.12.1996)

54 340 Ja 46 753 Nein

0837. 2009/250

Weisung 387 vom 10.06.2009:

Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage, Ablehnung und Gegenvorschlag

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28. November 2010 über folgende Vorlage entschieden:

2009/250 Weisung 387 vom 10.06.2009:

Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage, Ablehnung und Gegenvorschlag

A. Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage

67 682 Nein 33 117 Ja

B. Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Rosengarten-Tram»

62 331 Nein 35 297 Ja

Nächste Sitzung: 8. Dezember 2010, 14:15 Uhr.